

Trotz Police keine Entschädigung

Einschränkungen und Bedingungen – das Kleingedruckte bei Reiseversicherungen hat es in sich

Wer eine Reise wegen Gefahr an der Feriendestination absagt, erhält nur dann Geld von der Reiseversicherung, wenn das EDA von der Einreise abräumt.

Charlotte Jacquemart

Eigentlich regt sich M. R. (Name der Redaktion bekannt) am meisten über sich selbst auf: «Ich hätte bei der Höhe meines Einkommens keine Reiseversicherung gebraucht.» Da er aber bei der Elvia eine Jahrespolice abgeschlossen hatte, ärgert sich M. R. auch darüber, dass die Versicherung die Reisekosten von gut 2000 Franken für die annullierte Reise nicht berapen will.

Denn schuld daran, dass sein Trip ins Wasser fällt, ist M. R. nicht: Er hat Anfang Juli eine Reise nach Honduras annulliert, weil sein Kongress, an dem er hätte teilnehmen sollen, wegen politischer Unruhen im Lande auf den Herbst verschoben wurde. In Honduras hat die Armee am 28. Juni den Präsidenten aus dem Lande verjagt. Gewalttätige Demonstrationen folgten. Elvia will nicht zahlen, weil das Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) nicht von einer Einreise nach Honduras abgeraten habe.

Besonderes Pech für M. R.: Das EDA erliess aufgrund der wachsenden Spannungen im Lande am 23. Juli dann doch den Rat, von Reisen nach Honduras abzusehen. Andy Keller, Head of Tourism Market bei Elvia, bestätigt, dass «Stand heute die Annullierungskosten für die Reise nach Honduras übernommen würden». Beat Dannenberger, Ombudsmann der Schweizer Reisebranche, hat Verständnis für den negativen Entscheid der Versicherung. «Die Versicherer stützen sich in der Regel auf die Reiseempfehlung des EDA.»

Die Empfehlung des EDA ist auch bei der Europäischen Reiseversicherung (ERV) der einzige Massstab, wie deren Chef Thomas Tanner sagt. «Dies auch deshalb, weil das Empfinden eines Individuums sehr unterschiedlich ist. Spektakuläre Bilder in der <Tages-



In Honduras bleiben die ausländischen Touristen den Stränden wegen politischer Unruhen diesen Sommer mehrheitlich fern.

300 Mio. Fr. Prämien werden damit eingenommen. Laut der Mobiliar schliessen rund 60% aller Reisenden (Schweiz) eine Reiseversicherung ab. Etwa die Hälfte davon tut dies in Form einer Jahrespolice, die andere Hälfte kauft den Reiseschutz mit der Buchung für eine individuelle Reise.

Ob sich Reisepolices für die Versicherten ebenso lohnen? Jahrespolices oft nur dann, wenn mehrere Personen in einem Haushalt mehr als einmal pro Jahr verreisen. Für höhere Einkommen lohnen sich Reisepolices nur für sehr teure Reisen. Vor Abschluss sollte man die eigene Versicherungssituation genau prüfen. Unter Umständen decken bestehende Zusatzversicherungen bei der Krankenkasse, ein Schutzbrief des Verkehrsclubs oder Hausratsversicherung schon einiges ab.

Genau durchlesen sollte man die vielen Einschränkungen und Bedingungen im Kleingedruckten. Wie das Beispiel zeigt, zahlen die Versicherer bei weitem nicht immer. Zudem sollte die Deckungshöhe, Deckungsumfang, der Kreis der Mitversicherten und die Gültigkeit für die Feriendestination geprüft werden. Krankheit und Unfall in Übersee kann sehr teuer werden.

Wichtig ist eine Versicherung für das Reisegepäck, weil Schäden oder Verlust häufig vorkommen. Die Entschädigungen der Airlines sind mickrig. Gepäck versichert man günstiger über die Hausrats- als über eine separate Reisegepäckpolice. Bei Letzterer ist das Gepäck oft nur zum Zeitwert und nicht zum Neuwert versichert. Ist das Reisegepäck via Hausrat versichert, sollte man die Höhe der Deckung überprüfen. Oft ist diese auf 2000 Fr. beschränkt. Für den Reise-Ombudsmann Dannenberger ist dies zu tief: «Ratsam ist, die Reisegepäck-Deckung auf das Doppelte des teuersten Gegenstandes anzuheben, der mitgeführt wird.»

Nicht viel wert sind Versicherungen über die Kreditkarte. Diese sehen in der Regel nur ein Unfallkapital vor. Last, but not least: Reiseversicherungen sind nie obligatorisch. Es gibt keine Pflicht, eine solche abzuschliessen.

Mobiliar schliesst Pandemie in Zukunft aus

Wenn jemand an Schweinegrippe erkrankt und deswegen eine Reise absagen muss, übernehmen die beiden grossen Reiseversicherer Elvia und ERV die Kosten für die Annullierung der Reise. Eine individuelle Absage einer Reise, weil man Angst vor einer Ansteckung hat, ist nicht gedeckt. Es sei denn, das Bundesamt für Gesundheit rät explizit von Reisen in ein Land ab. Zurzeit ist dem nicht so. Die Elvia unterscheidet nicht zwischen der H1N1-Influenza und anderen Grippe. Laut Andy Keller von Elvia ist jede zweite Wintergrippe in der Schweiz per definitionem eine Epidemie. Auch die Mobiliar

behandelt Krankheitsfälle vom Typ Schweinegrippe wie normale Erkrankungen. Dies gilt zumindest für die vor Mai 2009 abgeschlossenen Mobi-Tour-Polices – nicht aber für die neusten Abschlüsse. Aufgrund der Erfahrungen mit der Vogelgrippe 2005 schliesst die Mobiliar Pandemie als Risiko in Zukunft aus. Da die neue Regelung erst wenige Polices betrifft, gibt man sich flexibel. «Wir prüfen im Einzelfall, wie wir unsere Kunden unterstützen können», sagt Jürg Frei von Mobiliar. Kunden, die auf Reisen von einem Fall betroffen seien, erhielten die nötige Hilfe. (jac.)

schau» können jemanden urplötzlich von einer Reise abhalten.»

Das EDA ist bei den Reisetipps viel Druck ausgesetzt: So dem wirtschaftlichen Druck der Reisebranche, nicht vorschnell von Feriendestinationen abzuraten, wie dem politischen Druck der betroffenen Länder, die ihren Tourismus gefährdet sehen. Adrian Sollberger, Sprecher im EDA, sagt: «Die Empfehlung, von Reisen in eine Region oder ein Land abzusehen, wenden wir mit grosser Zurückhaltung an.» Das EDA orientiert sich bei der Einschätzung der Gefahrenlage aber ausschliesslich an der Sicherheit der Reisenden.

Das Geschäft mit den Reiseversicherungen scheint für die Versicherer ein gutes zu sein. Schätzungsweise 200 bis

Basler Bank mit wenig Sensibilität

Die Basler Kantonalbank beschert ihren externen Vermögensverwaltern einiges an Interessenkonflikten.

Charlotte Jacquemart

«Fair Banking». Mit diesem Slogan wirbt die Basler Kantonalbank (BKB). Wer die Vereinbarung der BKB mit externen Vermögensverwaltern anschaut, staunt jedoch. Da wird der Vermögensverwalter nicht nur «verpflichtet, wenn möglich die BKB als Konto und Depot führende Bank für die Kunden zu wählen», sondern auch dazu, «wenn möglich seine eigenen Bankgeschäfte und die seiner Kunden über die BKB zu tätigen». Die Treuepflichten des Auftragsrechtes implizieren jedoch, Gelder und Depots von Kunden dort unterzubringen, wo dies den Kunden am besten dient. Weil die BKB den Verwaltern eine Finder's Fee zahlt (die Höhe will sie nicht angeben), bringt die Bank die externen Verwalter in einen Interessenkonflikt. Die BKB sieht das nicht so. Die Formulierung «wenn möglich» lasse den Vermögensverwaltern ja Spielraum, glaubt man in Basel.

Die Vereinbarung ist noch in einem weiteren Punkt unsensibel. Die BKB behält die sogenannten Retrozessionen (Entschädigungen, die hinter dem Rücken des Kunden fliessen), in bestimmten Fällen bei sich zurück. Das Bundesgericht hat 2006 in einem wegweisenden Urteil entschieden, diese «Retros» gehörten den Kunden. Darauf angesprochen, meinte die BKB, der «NZZ am Sonntag» müsse eine überholte Vereinbarung vorliegen, die nicht den aktuellen Standards der BKB entsprechen. Was die aktuellen Standards sind, wollte die BKB allerdings nicht sagen.

Mein Standpunkt Wo viel gearbeitet wird, sinkt die Arbeitslosigkeit

Beat Kappeler

Schweizer, Dänen, Norweger arbeiten am meisten – und in allen diesen Ländern gibt es am wenigsten Arbeitslose. Dieser harte Fakt aus neuesten Statistiken dementiert einen der gehätschelten Irrtümer kontinentaleuropäischer Arbeitsmarktpolitik. Wer arbeitet, wer lange arbeitet, nimmt andern nicht die Arbeit weg. Das Arbeitsvolumen in einem Lande ist kein Kuchenstück, das einfach umverteilt werden kann, wenn es Arbeitslose gibt.

Doch die 35- oder 36-Stunden-Woche in Kontinentaleuropa wurde vor einem Vierteljahrhundert meist mit dem Umverteilen der Arbeit schmackhaft gemacht. Seither haben Deutschland oder Frankreich die doppelte Arbeitslosenrate von damals. Länder, in welchen die Menschen viel und lange arbeiten, registrieren dagegen die geringsten Arbeitsmarktp Probleme.

Ausserdem verdienen die Arbeitenden in Norwegen, Dänemark und der Schweiz am meisten. Die neuen «Arbeitsmarktindikatoren 2009» des Bundesamtes für Statistik erlauben, Bilanz zu ziehen aus 25 Jahren richtiger und falscher Arbeitszeitpolitik der Länder Europas.

Auch andere Quellen lassen einen schlagenden Vergleich ziehen. Teilt man die in verschiedenen Ländern geleisteten Arbeitsstunden eines Jahres durch die Einwohner, Alte und Kinder eingerechnet, dann stechen die Unterschiede dramatisch heraus. Die Schweizer Einwohner arbeiten jährlich 1000 Stunden, die Deutschen 700

Stunden, die Franzosen 538 Stunden. Ausserdem hat die Schweiz zu den 3 Millionen eigenen Arbeitenden noch 1,5 Millionen Ausländer aufgenommen. Würde die «Arbeitskuchen-Theorie» stimmen, müssten wegen so viel Arbeitswut in der Schweiz Millionen von Arbeitslosen an den Randsteinen der Städte sitzen und um Arbeit betteln. Das Gegenteil trat ein – Arbeit schafft Arbeit.

Dieser Zusammenhang geht aus dem Kaufkraft-Kreislauf hervor. Wenn die Arbeitsbeteiligung einer Bevölkerung hoch ist, dann verdient man pro Kopf auch mehr, gibt dies aus, und andere können dafür wieder arbeiten. Alle sind reicher. Die Umverteilungs-ideologie hingegen schaut aus einer mikroökonomischen Perspektive auf den Arbeitsmarkt. Tatsächlich kann es in einem einzelnen Betrieb, der gerade wenig Arbeit hat, sinnvoller sein, alle etwas kürzertreten zu lassen, als einen Teil zu entlassen. Doch setzt man ein ganzes Land auf Arbeitsdiät, verflüchtigt sich die Kaufkraft.

Eine intensive Beteiligung am Arbeitsmarkt hängt sodann mit den Flexibilität des Arbeitsmarkts zusammen. Wenn es möglich ist, Leute zu entlassen, ohne gleich vor Gericht gezerrt zu werden wie in Frankreich oder Deutschland, dann stellt man auch rascher Leute ein, wenn die Wirtschaft und die Aufträge anziehen. Wenn man vorher auch noch Überzeit der bereits Beschäftigten einführen oder Temporärbeschäftigte einstellen darf, dann zieht man erste Aufträge an Land, die anderswo sonst abgelehnt werden müssten. Demgegenüber ent-

halten die «Arbeitsmarktindikatoren» eine suggestive Tabelle. Es werden in der Schweiz etwa 180 Millionen Überstunden im Jahr geleistet, was 95 000 Vollzeitpensen entspreche, zeigt eine Tabellensäule. Verfechter der Idee des «Arbeitskuchens» folgern sofort, dass ein Verbot von Überzeit diese Vollzeitstellen schaffen würde. Doch das Gegenteil ist der Fall – die Unternehmen wären weniger flexibel im Aufschwung, wagten sich weniger rasch vor und böten sicher nicht gleich Vollzeitstellen an. Hingegen geben die mehr Stunden Arbeitenden schon einmal mehr Geld aus und beleben so die Konjunktur aus ersten kleinen Anschüben. Dass mit dem Verbot von Überstunden oder erzwungenen Zeitkompensationen gleich auch noch die Arbeitenden selbst um ihr Arbeitsangebot enteignet werden, stört ihre Funktionäre nie. Das bemängelte schon Adam Smith vor 200 Jahren.

Eine dritte Wirkung intensiver Arbeitsmärkte stärkt die Sozialversicherungen, und zwar doppelt. In Frankreich müssen die 538 gearbeiteten Stunden gegenüber der Schweiz mit 1000 Stunden für doppelt so viel Personen sorgen, was viel an Sozialleistungen kostet. Ausserdem legen die

«Schweizer, Dänen und Norweger arbeiten am meisten. In all diesen Ländern gibt es am wenigsten Arbeitslose.»



1000 Stunden in der Schweiz doppelt so viel an Lohnprozenten in die Sozialkassen ein. Weil das so ist, sind eben die Abgaben nur ein Bruchteil derjenigen auf französischen Löhnen. Dies wiederum schafft als Wettbewerbsvorteil neue Arbeit im Export.

Die erwähnten Stundensummen pro Einwohner und Jahr raffen in einer einzigen Zahl die Variationsmöglichkeiten des Arbeitszeitvolumens zusammen. Die Zahl der Einwohner, die arbeiten, also die Erwerbsquote, ist darin enthalten. Sodann die Wochenstunden, die Ferien, die Krankheitsabsenzen, die frühe oder die späte Pensionierung.

Die Verfechter der Arbeitskuchenlehre sägen an all diesen Varianten, um die geleisteten Arbeitsstunden zu senken. Sie gehen auch von der überlebten Auffassung von rauchigen Arbeitsstätten des 19. Jahrhunderts aus. Sie wollen die Befreiung von der Arbeit statt die Befreiung in dieser durch gute Bedingungen. Die moderne Arbeitswelt setzt solche voraus, weil Motivation und Kreativität nur so entstehen, und sie unabdingbare Produktionsfaktoren der Dienstegesellschaft geworden sind. Die Firmen pflegen sie also aus Eigeninteresse.

Der Wohlstand in vollbeschäftigten Volkswirtschaften erlaubt ausserdem dem Einzelnen, seine Arbeitszeit selbst zu dosieren, Teilzeit zu arbeiten, sich weiterzubilden, längere Auszeiten zu nehmen. Die kontinentaleuropäischen Arbeitsmärkte hingegen sind rückwärtsorientiert. Sie machen arbeitslos und arm, in guten wie in schlechten Zeiten.